

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

2. Sitzung
16. Februar 2022

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.40 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), zeitweise Damiano Valgolio (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Geschäftliches – siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Michael Dietmann (CDU) greift auf, dass sich der Senator dafür ausgesprochen habe, das ICC zu erhalten, und in diesem Zusammenhang offenbar das Centre Pompidou erwähnt habe. Nachdem das Thema bereits einen längeren Vorlauf habe, frage er, wie der Senator konkret vorgehen wolle und wie er sich im Hinblick auf die Kongressnutzung die Zusammenarbeit mit der Messe Berlin vorstelle. Wie es mit Kongressen, die einen langen Vorlauf benötigten, nach Corona weitergehe, sei ein wichtiges Thema für die Berliner Wirtschaft.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) schildert, dass sich das ICC seit 2014 im Stillstand befinde und es immer wieder Anläufe und Überlegungen für eine sinnvolle Zukunft des ICC gegeben habe. In einer ersten Kostenprognose 2015 seien die baulichen Erfordernisse auf 329 Mio. Euro geschätzt worden. Das Land Berlin habe 200 Mio. Euro übernehmen und die restlichen Kosten mit privaten Investoren stemmen wollen. Ende 2018/Anfang 2019 sei ein Interessenbekundungsverfahren gestartet worden, das unterschiedliche Nutzungsmöglichkeiten – reine Kongresswirtschaft, Hotelbetrieb, eine Kombination von beidem, Mobility-Hub, kulturelle Nutzungen – aufgezeigt habe. Insgesamt hätten sich 13 Unternehmen bzw. Konsortien beteiligt. 2019/2020 hätten sich verschiedene Senatsverwaltungen und BIM auf ein Konzeptverfahren verständigt. Der Denkmalschutz mache die Konzeptentwicklung nicht einfa-

cher. Er sehe beim ICC in den nächsten Jahren Handlungsbedarf. Das Land Berlin müsse eine Entscheidung treffen, wie es mit dem ICC umgehen wolle, denn das Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt sei sehr groß. Er werde sich in den nächsten Monaten intensiver damit beschäftigen und den Ausschuss dann auch gerne darüber informieren.

Michael Dietmann (CDU) erinnert daran, dass noch die große Koalition die 200 Mio. Euro ausverhandelt und zur Verfügung gestellt habe, was aber nicht zur Wiedernutzung des ICC geführt habe, die wünschenswert sei. Was wolle der Senator konkret unternehmen?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) erklärt, dass er die Frage noch nicht konkret beantworten könne. Es werde mit den anderen beteiligten Senatsverwaltungen ein Verfahren aufgesetzt werden, wie man damit in den nächsten Monaten und Jahren umgehe, denn es handle sich um ein großes Projekt. Er könne sich vorstellen, dass in diesem Verfahren gute Perspektiven aufgezeigt würden. Auch die Sanierung des Centre Pompidou in einer Größenordnung von ungefähr 200 Mio. Euro habe einen Vorlauf von einigen Jahren gehabt.

Martin Trefzer (AfD) spricht an, dass das Projekt Expo 2035, das der IHK-Präsident vorgeschlagen habe, nach Einschätzung des Senators reizvoll und konkret genug formuliert sei, um erfolgversprechend zu sein. Gebe es bei SenWiEnBe schon Pläne für eine Bewerbung?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) verneint dies, da der Vorschlag, den Präsident Gurl im „Tagesspiegel“ im Rahmen seiner 75 Visionen für Berlin gemacht habe, überraschend gekommen sei. Er halte dies für ein interessantes Projekt mit einem partizipativen Prozess, habe seine Sympathie zum Ausdruck gebracht und gehe davon aus, dass der IHK-Präsident auf ihn zukommen werde, um seine Ideen zu skizzieren. Danach werde SenWiEnBe prüfen, wie dies ggf. unterstützt werden könne. Berlin brauche auch Ideen aus der Stadtgesellschaft für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes. Der hohe Sachverstand der Berliner Wirtschaft sollte genutzt werden. Ein partizipativer Prozess sei zu begrüßen, da man die Stadtgesellschaft auch bei wirtschaftlichen Themen mitnehmen müsse.

Christian Wolf (FDP) fragt, ob auch eine gewerbliche Nutzung – Hotelbetrieb etc. – des ICC angedacht werde und nicht nur eine öffentliche.

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, angedacht sei vieles, dies werde sich in dem Verfahren zeigen. Wenn das Land Berlin zu einer Entscheidung komme, gehe es um sehr viel Geld. Letzte Schätzungen hätten je nach Nutzung bei etwa 500 Mio. Euro allein für die Ertüchtigung des Gebäudes ohne Betriebskosten gelegen. Angesichts der Haushaltssituation Berlins schließe er nicht aus, sich auch Gedanken über externe Investoren zu machen. Dabei falle ihm als Erstes der Bund ein, denn das Projekt habe als Aushängeschild der Hauptstadt eine Bedeutung, die weit über die Landesgrenzen hinausgehe. Er würde eine Bundesbeteiligung gerne sehen, könne sich aber auch vorstellen, Investoren einzubeziehen, wie dies 2015 angedacht worden sei. Wie und in welcher Größenordnung, könne er noch nicht sagen.

Jörg Stroedter (SPD) bittet den Senator, sich mit Herrn Kieker in Verbindung zu setzen, der vor Jahren eine sehr gute Aufstellung zum Kongressgeschäft gemacht habe, die in die Betrachtung einfließen sollte. – [Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe): Mache ich gern!]

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) legt dar, dass das sich der Senat gestern auf eine Änderung der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung verständigt habe. Ziel bleibe eine weitgehende Eindämmung der Virusausbreitung und Verlangsamung des Infektionsgeschehens. Die Zahlen in Berlin seien immer noch sehr hoch, wenngleich die Tendenz sinkend sei. Die Hospitalisierungsinzidenz sei mit 25 bzw. 26 sehr hoch und höher als in vielen anderen Bundesländern, die in den vergangenen Wochen Erleichterungen vorgenommen hätten. Die Belastung des Gesundheitssystems müsse man bei allen Maßnahmen berücksichtigen. Fortschritte bei den Impfungen seien wichtig. Hier sei Berlin bisher auf einem guten Weg gewesen. Die beschlossenen Änderungen seien eigentlich keine Lockerungen, sondern verbesserte Umsetzungen und kohärentere Regelungen für einen wirksamen Infektionsschutz, um auch den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, besser durch die Pandemie zu kommen.

Mit dem Wegfall der 2G-Bedingungen zugunsten einer FFP2-Maskenpflicht im Handel erreiche man eine deutliche Reduzierung des Kontrollaufwandes und schaffe eine einheitliche Regelung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Dabei habe man in engem Kontakt mit dem Handelsverband Berlin-Brandenburg gestanden. Auch beim Besuch von kulturellen und Freizeiteinrichtungen entfalle künftig die 2G-Bedingung. Dabei orientiere man sich an der Situation in Innenräumen im Handel. Bei touristischen Angeboten wie Ausflugs- und Stadtrundfahrten gölten künftig die gleichen Regelungen wie bei der Nutzung des ÖPNV, also 3G und FFP2-Maskenpflicht. Bereits am 12. Februar seien Anpassungen der Personenobergrenze für Veranstaltungen erfolgt. Im Innenbereich dürften maximal 4 000 und im Außenbereich maximal 10 000 Personen an Veranstaltungen teilnehmen. Dies sei für die Kongress-, Messe- und Veranstaltungswirtschaft in Berlin sehr wichtig.

Er halte es für richtig, sich frühzeitig auch über echte Lockerungen der Maßnahmen zu verständigen und die absehbare Entwicklung der Infektionszahlen zu antizipieren, um dann schnell handeln zu können, denn die Unternehmen brauchten Vorlauf und Planbarkeit. Zur Ausarbeitung einer Exitstrategie habe der Senat Expertinnen/Experten angehört. Dies sei auch für die heutigen Beratungen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler wichtig gewesen.

SenWiEnBe habe dem Ausschussbüro gestern eine Tabelle zu den Coronasoforthilfen des Landes Berlin übermittelt, die alle seit 2020 von der IBB durchgeführten Bundes- und Landeshilfen zeige, wobei inhaltlich gleiche Hilfen in unterschiedlichen Zeiträumen zusammengefasst worden seien. Derzeit liefen noch die Überbrückungshilfen III, III plus und IV sowie die Neustarthilfe plus, Härtefallhilfen und die Soforthilfe IV Kultur/Medien 6.0. Die Coronahilfen seien eine große Unterstützung für die Wirtschaft gewesen. Mittlerweile seien über 6 Mrd. Euro über die IBB an die Berliner Wirtschaft und Soloselbstständigen ausgeschüttet worden. Überwiegend handele es sich um Bundesprogramme bzw. Bundesmittel. Dass die Ausgestaltung der Hilfsprogramme fast alle betroffenen Unternehmen abdecke, zeige die geringe Zahl der Anträge bei den Härtefallhilfen, wo Unternehmen, die keinen Zugang zu anderen Hilfsprogrammen hätten, einen Antrag stellen könnten. Insgesamt habe Berlin inkl. der Teilförderungen 30 Landes- und Bundesprogramme umgesetzt. Bisher seien rund 390 000 Anträge

bewilligt und schätzungsweise 400 000 Arbeitsplätze gesichert worden. Die Hilfen sollten im laufenden Jahr fortgesetzt werden. Er unterstütze die Überlegungen auf Bundesebene, die Überbrückungs- und Neustarthilfe sowie das Kurzarbeitergeld bis Ende Juni zu verlängern. Dies sei in der Wirtschaftsministerkonferenz in der vergangenen Woche formuliert worden, und man habe auch positive Zeichen bekommen. Berlin habe einen besonderen Akzent gesetzt und gebeten, auch die Kongresswirtschaft angemessen zu berücksichtigen und Zugänge zur Unterstützung schon bei Teilschließungen zu eröffnen. Der Bundeswirtschaftsminister habe signalisiert, diesem Vorschlag folgen zu können. Drei Bundesländer hätten sich enthalten, ansonsten gebe es eine breite Unterstützung der Länder.

Christian Wolf (FDP) erkundigt sich nach dem Stand der Rückzahlungen bei den Programmen nach Zahl und Volumen. In Brandenburg habe es bei den Rückforderungen massive Probleme gegeben. In Berlin sei dies letztes Jahr bei der Soforthilfe II auch ein Thema gewesen. Er bitte, dies künftig in die Tabelle aufzunehmen.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt, wie es um die Gastronomie und Hotellerie stehe; die Debatte hierzu laufe noch. Die Kontrollen funktionierten nicht mehr. Infektionen trafen letzten Endes alle mit weniger schweren Krankheitsverläufen. Andere Länder wie Israel hätten bei gleicher Lage anders entschieden und auch Gastronomie und Hotellerie von den Regelungen befreit. Habe sich der Senator mit dem dortigen Infektionsgeschehen befasst? Wann wolle er die Regelungen dort beenden? Darauf warteten viele Restaurants und Hotels, einige seien schon pleitegegangen. Infektiologisch brächten die Regelungen nicht mehr viel.

Tamara Lüdke (SPD) greift auf, dass Bund und Länder einen Stufenplan bei Öffnungen in der Gastronomie sowie bei Diskotheken und Clubs planten. Diskutiert werde, Auslastungen ab 4. März auf 40 Prozent der Höstkapazitäten anzuheben und ab 20. März alle tief greifenden Schutzmaßnahmen wegfallen zu lassen. Plane der Senator Anpassungen in Berlin? Clubs benötigten einen zeitlichen Vorlauf zum Hochfahren. Habe der Senator dies auf dem Schirm? Teilkapazitäten ließen sich funktional und lukrativ nicht gut umsetzen. Seien alternative Modelle mit vollen Kapazitäten und dann aber weitergehenden Schutzmaßnahmen geplant?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) führt aus, Rückzahlungen seien ein wichtiges Thema, gerade am Ende der Pandemie. Zu Beginn der Maßnahmen habe niemand ahnen können, wie lange dies dauere. Unternehmen, die aufgefordert seien zurückzuzahlen, befänden sich häufig in einer schwierigen Situation. Deshalb hätten SenWiEnBe und IBB dies im Blick. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und Vorgaben des Bundes werde versucht, gute Regelungen für die Unternehmen – auch im Sinne von Stundungen – zu finden. Mit Stand 7. Februar seien 259 Mio. Euro freiwillig zurückgezahlt worden. Der größte Teil der Rückzahlungen beruhe darauf, dass die Bedingungen für die Gewährung der Soforthilfe II nicht bzw. nicht in Gänze vorgelegen hätten und die Einnahmen nicht so stark zurückgegangen seien wie zum Zeitpunkt der Antragstellung angenommen. Derzeit befänden sich 18 799 Fälle der Soforthilfe II in der Soll-Tiefenprüfung. Bei 8 166 Fällen sei die Prüfung abgeschlossen, bei 13 167 Fällen eingeleitet. Aus den Tiefenprüfungen hätten bisher 1 780 Rückforderungsbescheide mit einem Soll-Rückzahlungsvolumen von 16,33 Mio. Euro resultiert. Bei Bedarf sei grundsätzlich eine individuelle Stundung und/oder Ratenzahlung möglich. Die IBB sei zu einem ausgewogenen und unternehmensverträglichen Forderungsmanagement angehalten und setze dieses um. Ein pauschales Rückforderungsmoratorium bis zu einem bestimmten Termin gebe es aufgrund der individuellen Stundungsmöglichkeiten nicht.

Die Situationen in der Gastronomie und im Einzelhandel seien nicht vergleichbar. Die FFP2-Maskenpflicht werde mittlerweile von allen Experten als probates Mittel angesehen, um das Infektionsgeschehen einzudämmen. Deshalb sei man beim Einzelhandel von 2G zur FFP2-Maskenpflicht übergegangen, Essen und Trinken mit Maske sei jedoch nicht umsetzbar. Richtig sei, dass Unternehmen Berechenbarkeit und Planbarkeit benötigten. Er hoffe, dass man eine Erleichterung in der nächsten Stufe am 4. März umsetzen könne, und werde sich im Senat dafür einsetzen, sofern die Infektionslage dies erlauben werde. Planbarkeit müsse immer unter dem Vorbehalt der Infektionsentwicklung und der in Berlin noch sehr hohen Hospitalisierungsinzidenz gesehen werden.

Diskotheken und Clubs seien für Berlin ein kulturell und wirtschaftlich wichtiges Thema. Er befinde sich wie auch Bm Dr. Lederer im Austausch mit der Branche. Klar sei, dass hier ein zeitlicher Vorlauf notwendig sei, damit die Clubs Planungssicherheit hätten. Es gebe auch gute Vorschläge aus dem Bereich, z. B. ein strenges Testregime. Gleichwohl trügen Clubs ein erhöhtes Infektionsrisiko in sich. Deshalb müsse man jeden Lockerungsschritt vom Infektionsgeschehen abhängig machen. Für Hygienekonzepte sei hier Bm Dr. Lederer zuständig. Es gebe den Willen, sobald wie möglich verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Christoph Wapler (GRÜNE) bemerkt, die Berliner Wirtschaft habe die Coronapandemie unterschiedlich überstanden. Besonders betroffen seien Gastronomie, Veranstaltungen, Messwesen und Handel. Habe der Senator Erkenntnisse, wie sich dies auf die Erwerbslosenzahlen und den Arbeitsmarkt ausgewirkt habe und in welchem Maße Kurzarbeit in Anspruch genommen werde? Zum Messwesen habe der Senator eine optimistische Perspektive aufgezeigt, insbesondere mit Blick auf die Fruit Logistica. Wie sehe es bei weiteren Veranstaltungen – Fashion Week, Art Week, Gallery Weekend etc. – aus? Die meisten Coronahilfen seien offenbar beendet, zumal man sich auch in der Situation der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinde. Was solle in Zukunft wieder aufgelegt werden? Welche Hilfemaßnahmen seien besonders effizient gewesen?

Michael Dietmann (CDU) hebt hervor, dass über 6 Mrd. Euro zur Unterstützung der Berliner Wirtschaft eine bemerkenswerte Summe gewesen seien. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sei die Unterstützung der Wirtschaft einzigartig gewesen. Das Kurzarbeitergeld sei insbesondere für die Bereiche Hotellerie und Gastronomie wichtig. Ein Auslaufen des Kurzarbeitergeldes wäre für die Betriebe jetzt ein erhebliches Problem, zumal die Lage 2022 anders sei als 2021. Bei vielen Betrieben gehe es an die Substanz, weil November und Dezember 2021 keine starken Umsatzmonate gewesen seien. 2G sei beim Einzelhandel aufgehoben worden. In den letzten zwei Jahren habe man in der Gastronomie eine Reihe von Erfahrungen gesammelt, sodass er sich einen gesicherten Gastronomie- und Hotelleriebetrieb unter bestimmten Rahmenbedingungen vorstellen könne. Nicht nur FFP2-Masken, sondern auch Abstände hülften. Man könne auch über Quoten reden. Viele gingen davon aus, dass man sich irgendwann auf eine weitere Welle einstellen müsse. Wie würden Lehren für die Zukunft aus der Pandemie gezogen, damit man nicht wieder in Aktionismus verfallt und bestimmte Branchen übermäßig unter den Maßnahmen leiden müssten? Aus heutiger Sicht sei ein totaler Lockdown unsinnig gewesen. Er plädiere für ein strukturiertes Vorgehen und glaube, dass man für Gastronomie und Tourismus Konzepte hätte entwickeln können, die das Infektionsrisiko eingedämmt hätten. Europäische Nachbarländer hätten dies hinbekommen. Insofern gelte es, auch von anderen zu lernen. Anfang 2021 habe man die gleiche Diskussion bereits mit Frau Bm Pop geführt, ohne dass es zu einer strukturierten Herangehensweise gekommen sei.

In den USA hätten Messen unter Pandemiebedingungen auch mit Anwesenheit erfolgreich stattgefunden. Welche Lehren würden daraus für den Messestandort Berlin gezogen? Wenn man hier nicht Struktur hineinbekomme, sei dies ein Wettbewerbsnachteil. Gleiches gelte für den Tourismus, wo man nicht richtig weitergekommen sei. Man laufe auf die Ferienzeit zu, in der Berlin gut frequentiert worden sei. Wenn das Pandemiegeschehen nun zurückgehe, müsse man den Tourismus ankurbeln. Was unternehme SenWiEnBe in dieser Hinsicht? In der Gastronomie und Hotellerie hätten sich viele Mitarbeiter trotz Kurzarbeitergeld umorientiert. Wie würden die Branchen dabei unterstützt, wieder Mitarbeiter für das Hochfahren zu gewinnen?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) berichtet, dass der Berliner Arbeitsmarkt insgesamt relativ stabil ins neue Jahr gestartet sei. Man habe im Januar 185 000 Arbeitslose und eine Quote von 9,1 Prozent verzeichnet, was besser als 2021, aber schlechter als im Januar 2020 mit 8,2 Prozent gewesen sei. Mit 9,1 Prozent sei Berlin abgesehen von Bremen fast Schlusslicht. Deshalb sei es wichtig, den Neustart gut hinzubekommen. Nur eine gut funktionierende Wirtschaft werde den Berliner Arbeitsmarkt stabilisieren. Im Oktober 2021 habe es in Berlin 25 500 Kurzarbeitende gegeben. Im Januar 2022 seien von 928 Betrieben neue Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit eingegangen, mehr als im Dezember mit 437, aber deutlich weniger als am Jahresbeginn 2021 mit etwa 3 500. Zugleich sei Berlin ein starker Jobmotor. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten habe im November mit einem Plus von 58 100 bzw. 3,7 Prozent – im Bund 1,6 Prozent – deutlich über dem Vorjahresmonat gelegen. Zwischen den Branchen seien die Unterschiede aber noch sehr groß. Im Vergleich zum coronabelasteten November 2020 weise das Gastgewerbe einen Zuwachs von 1 700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus. Treiber des Beschäftigungswachstums in Berlin seien Informations- und Kommunikationssektor, unternehmensnahe Dienstleistungen und das Gesundheit- und Sozialwesen.

In der Gastronomie und Hotellerie werde viel mit Minijobs gearbeitet, die vom Beginn der Krise an ohne Schutz dagestanden hätten, sodass viele Beschäftigte zur Logistik oder in den Lebensmittelhandel abgewandert seien. Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im Lebensmittelhandel hätten sich deutlich verbessert. Er sei mit dem DEHOGA im Gespräch. Die Abwanderung von Beschäftigten habe zu einer neuen Marktdynamik geführt, so seien die Löhne deutlich gestiegen, es gebe auch einen Wettbewerb zwischen den Unternehmen bei den Arbeitsbedingungen. Er wisse nicht, ob das Land Berlin hier viel unterstützen könne, und denke, dass dies die Unternehmen mit den Tarifvertragsparteien machen sollten. In vielen Branchen gebe es nicht mehr einen Wettbewerb um Kunden, sondern um Mitarbeiter. Im Sinne von guter Arbeit, die ein Ziel der Koalition sei, helfe dies zurzeit. Gleichwohl müsse man die Entwicklung im Auge behalten, weil die Fachkräftesituation ein Wachstumshemmnis werden könne. Als die Einschränkungen letztes Jahr gefallen seien und sich der Tourismus schnell belebt habe, hätten dort Arbeitskräfte gefehlt. Bei den Branchen sei das Bewusstsein groß, dass man jetzt vorbauen müsse. Eine Unterstützung, die man geben könne, sei frühestmögliche Planungssicherheit, soweit dies das Infektionsgeschehen zulasse.

Fashion Week und Art Week würden stattfinden. Berlin sei nach wie vor ein sehr attraktiver Ort für Messen, Kongresse und Tourismus. Er habe mit Herrn Kieker gesprochen, Berlin habe als Marke in der Welt nicht gelitten, was für den Wirtschaftsstandort sehr wichtig sei. Bei den Messen bestehe weiterhin eine große Nachfrage. Die Premium werde von Frankfurt nach Berlin zurückkehren und fühle sich von den Berliner Ansprechpartnern gut unterstützt. Die Fruit Logistica werde ebenfalls stattfinden; die Buchungssituation sei sehr gut. Die Coronamaß-

nahmen könnten hoffentlich Ende März auslaufen, sodass man sich auf einen guten Sommer mit vielen wichtigen Veranstaltungen in der Stadt freuen könne. Der Tourismus brauche natürlich Unterstützung.

Die Berliner Hilfsprogramme seien vom Volumen her deutlich geringer als die Bundesprogramme. Auf die Berliner Programme werde er noch unter TOP 3 eingehen. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt sei Berlin besser durch die Krise gekommen. Im Jahr 2020 habe man einen Rückgang von etwas über 3 Prozent verzeichnet, 2021 ein Plus von 3 Prozent und könne sich 2022 zwischen 3 und 4 Prozent vorstellen, was auch auf die vielen Maßnahmen zurückzuführen sei. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sei absehbar. Die Frage sei, ob die Sozialversicherungsbeiträge auch erstattet würden. Er höre Signale, dass evtl. in der Kombination mit Weiterbildungsmaßnahmen mehr möglich sein werde als bisher.

Es sei vernünftig, sich auf die nächste Welle vorzubereiten, wobei man nicht wisse, wie stark diese werde. Dies werde auch davon abhängen, ob weitere Varianten um sich griffen oder Omikron dominierend bleibe. SenWiEnBe werde mit den Branchen sprechen, um für eventuelle Szenarien im Rahmen eines Pandemieplans gute Lösungen zu finden. 2G sei in Berlin von den Gerichten formal und inhaltlich als angemessen beurteilt worden, während andere Bundesländer häufig aus formellen Gründen gescheitert seien. Die Gastronomie habe unter der Pandemie gelitten, in Berlin habe es jedoch keine Sperrstunde gegeben, während andere Bundesländer die Sperrstunde erst jetzt gekippt hätten. Berlin habe sich immer um pragmatische Lösungen bemüht. So sei die Dokumentationspflicht in der Gastronomie wieder abgeschafft worden, weil sie bei dem jetzigen Pandemiegeschehen keinen Sinn mehr gehabt habe.

Im Weiteren vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

100 Tage Programm: Neustartprogramm für die Berliner Wirtschaft

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0018](#)

WiEnBe

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) legt dar, das Neustartprogramm sei ein Teil des 100-Tage-Programms des Senats, der sich für die ersten 100 Tage vier wichtige Themen vorgenommen habe. Dazu gehörten auch die Gigabitstrategie zum Ausbau der Gigabitinfrastruktur in Berlin und die Start-up-Agenda für die vitale Berliner Start-up-Wirtschaft. Zudem solle demnächst eine Klima- und Energieeffizienzberatungseinheit ans Netz gehen. Das Neustartprogramm sei wichtig, weil viele Hilfsmaßnahmen parallel zur Lockerung der Coronamaßnahmen auslaufen würden. Man müsse die Unternehmen, die überwiegend gut durch die Krise gekommen seien, in dieser Phase unterstützen, nachdem die Hilfsmaßnahmen übermäßige Insolvenzen in den betroffenen Branchen verhindert hätten. Er gehe davon aus, dass Ende März fast alle Maßnahmen – vielleicht abgesehen von der Maskenpflicht – wegfallen würden und die Wirtschaft wieder richtig loslegen könne. Die Branchen wünschten sich klare Perspektiven. Insofern sei der Stufenplan, der heute wahrscheinlich verabschiedet werde, der richtige Weg.

Das Neustartprogramm wolle diese Phase mit Investitionszuschüssen unterstützend flankieren. Zudem gehe es um punktuelle Projekte und Maßnahmen bei den besonders stark betroffenen Branchen, z. B. Kongresswirtschaft, und um Marketing für Berlin. Die Mittel sollten nicht gießkannenartig, sondern zielgerichtet eingesetzt werden. Seit Anfang Januar stehe man im engen Dialog mit dem betroffenen Branchen und entwickle passgenaue Maßnahmen. Es gehe darum, zu konsolidieren, zu investieren und zu digitalisieren. Konsolidierung bedeute die Verlängerung der Wirtschaftshilfen. Es werde zusammen mit der IBB ein Investitionsprogramm auf den Weg gebracht, denn die GRW decke nicht alle Branchen und Betriebe ab. Die Unternehmen sollten einen Zuschuss – kein Darlehen – von bis zu 30 Prozent auf Investitionen erhalten, der um weitere 5 Prozent aufgestockt werden könne, wenn bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllt würden. Die IBB sei dabei, die genauen Förderbedingungen zu entwickeln. Das Programm solle noch im März vorgestellt werden, sodass man mit Auslaufen der Coronamaßnahmen relativ schnell an den Start gehen könne. Insbesondere bei KMU seien Investitionen notwendig. Mit dem Programm wolle man den Aufschwung unterstützen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Im Tourismusbereich sei SenWiEnBe eng mit „visit Berlin“, DEHOGA und anderen Playern verzahnt, um das Destinationsmarketing zu verstärken und Berlin als Kongress-, Messe-, Tagungs-, Veranstaltungsstandort und Reiseziel weiterhin attraktiv zu vermarkten. Dies geschehe in Verbindung mit dem Einzelhandel, der stark vom Kongress- und Tourismusgeschäft profitiere. Hier habe man gute Chancen und müsse keine neue Marke kreieren, denn die Marke Berlin befinde sich auf einem Topniveau, in Europa mit Paris und London als Wettbewerbern und ansonsten in der Welt mit New York und Singapur. Man versuche, die Player an der Schnittstelle Tourismus, Kongresswirtschaft und Einzelhandel miteinander zu vernetzen, und biete bei Marktforschung, Kundenanforderungen und Besucherströmen Unterstützung an, um das vorhandene Datenmaterial unter datenschutzrechtlichen Bedingungen für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts zu nutzen. Der übergreifende Vernetzungsgedanke zur Bündelung von Wissen und Fähigkeiten sei wichtig für die Unternehmen.

Beim Thema Resilienz und Zukunftsfähigkeit spielten Fachkräfte eine große Rolle. Die Berliner Wirtschaft habe gezeigt, dass sie in der Krise sehr resilient sein könne, was auch mit der nachhaltigen Orientierung zusammenhänge. Die Nachhaltigkeitsbemühungen der Unternehmen würden mit vielen Einzelprojekten unterstützt, z. B. im Einzelhandel mithilfe des Energiesparnetzwerks. Das Thema Fachkräfte werde mit Unternehmensverbänden und Kammern kommunikativ verstärkt. In bestimmten Berufen sei ein großer Fachkräftebedarf vorhanden. In Absprache mit SenIAS solle die Attraktivität bestimmter Berufe, insbesondere handwerklicher Berufe, in der Öffentlichkeit stärker kommuniziert werden. Mit Blick auf Energiewende und Klimaschutz könne man junge Leute auch für handwerkliche Berufe begeistern.

SenWiEnBe werde weitere Absprachen treffen, am 17. Februar mit der Veranstaltungswirtschaft, am 22. Februar mit dem Handel, am 23. Februar mit der Kreativwirtschaft, am 24. Februar mit dem Tourismusbereich. Spätestens am 31. März werde man die Themen so zusammengebunden haben, dass ein schlüssiges und kohärentes Paket präsentiert werden könne.

Damiano Valgolio (LINKE) erklärt, dass dies der Wirtschaft helfen werde, um wieder auf die Beine zu kommen. Gaststätten, Hotellerie, Einzelhandel und Veranstaltungswirtschaft seien Branchen, in denen es schlechte Arbeitsbedingungen gegeben habe. Deshalb habe sich die Koalition vorgenommen, das Neustartprogramm mit Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen zu

verbinden, z. B. tarifliche Bezahlung, Ausschluss von Kündigungen, Zurückdrängen von Leiharbeit. Was sei in dieser Richtung konkret geplant?

Christoph Wapler (GRÜNE) fragt, ob die Aufstockung im Hinblick auf Nachhaltigkeitskriterien zu den 30 Prozent hinzukomme und ob dies ausreichen werde, denn der Aufschwung müsse nachhaltig sein, wenn er mittelfristig wirksam sein und die Berliner Wirtschaft krisenfest und zukunftsfähig aufgestellt werden solle. Gute Arbeit, Klimaneutralität, Digitalisierung und Dekarbonisierung seien wichtige Faktoren. Müssten diese nicht als Überschrift über dem gesamten Programm im Investitionsbereich stehen? Die Unternehmensverbände hätten erkannt, dass man nicht so weitermachen könne wie vorher.

Christian Wolf (FDP) erkundigt sich nach den Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft auf die neu zu startenden Programme. Könnten Auszahlungen an die Unternehmen erst nach Beschluss des Haushalts erfolgen? Wie werde sich die auslaufende Bundesregelung zu Kleinbeihilfen auf die neuen Programme auswirken?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) berichtet, dass die Kriterien für die Zuschüsse im Detail noch ausformuliert würden. Er identifiziere sich mit den Zielen der Koalition zur Begleitung des Strukturwandels der Berliner Wirtschaft. Auch die Beratungsstelle diene der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen. Ein Großteil der Unternehmen sei unverschuldet in eine schwierige Lage gekommen. Diesen wolle man eine gute Hilfestellung geben, damit sie schnell aus der Krise herauskämen. Die 5 Prozent gebe es nicht, wenn die Unternehmen machten, was sie ohnehin machen müssten, sondern wenn sie besonders gut seien und über die Anforderungen hinausgingen. Bei öffentlichen Zuschüssen an Unternehmen könne man auch vernünftige Arbeitsbedingungen erwarten, er würde die Ansprüche in dieser Phase aber nicht zu hoch setzen wollen, weil es jetzt um Hilfe am Ende der Krise gehe. SenWiEnBe werde die legitimen Interessen des Landes und der Unternehmen berücksichtigen, wobei er die konkrete Umsetzung noch nicht darstellen könne. Er habe Signale, dass die Programme trotz der vorläufigen Haushaltswirtschaft auf den Weg gebracht werden könnten, denn damit könne man nicht ein halbes Jahr warten.

Tuba Bozkurt (GRÜNE) [zugeschaltet] fragt, ob auch die migrantische Ökonomie bei den Förderprogrammen berücksichtigt werde, wie die Zugangshürden dort seien und ob die Formulierungen barrierefrei und zugänglich gestaltet seien. Die Digitalwirtschaft sei während der Pandemie der Motor gewesen. Wie werde die Entwicklung von digitalen Geschäftsmodellen bzw. von einzelnen Unternehmensbereichen im Neustartprogramm unterstützt? Würden dafür soziale und ökologische Kriterien angesetzt?

Senator Stephan Schwarz (SenWiEnBe) antwortet, die direkte Ansprache migrantischer Ökonomie bei den Unterstützungsprogrammen werde angegangen. Man werde dies nach dem Start des 100-Tage-Programms mit einem speziellen Fokus aufgreifen. Die migrantische Ökonomie habe im Regierungsprogramm einen wichtigen Stellenwert. Bei der Digitalisierung habe man zwei wichtige Instrumente, die Digitalagentur und die Digitalprämie, die zurzeit evaluiert werde und im Herbst dieses Jahres auf dieser Grundlage wieder aufgelegt werden solle. Damit würden die angesprochenen Fragen – von Prozessverbesserungen bis zu neuen Geschäftsmodellen – unterstützt.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0136

**Unternehmensförderung niedrigschwellig gestalten
und Förderlücken schnell schließen**

[0022](#)
WiEnBe
Haupt

Christian Wolf (FDP) äußert, es herrsche weitgehend Konsens, dass die Berliner Wirtschaft nach der Pandemie schnell wieder auf die Beine kommen solle, auch mit niederschweligen Förderprogrammen. Das bereits im März 2021 angekündigte Förderprogramm „Berlin Invest“ solle möglichst schnell umgesetzt werden, da die konjunkturtechnische Unterstützung der Unternehmen dringlich sei. Die Förderbedingungen sollten bald veröffentlicht werden, damit sich die Unternehmen darauf einstellen könnten. Auf die Koppelung der angekündigten Konjunktur- und Förderprogramme für die Berliner Wirtschaft an den Berliner Landesmindestlohn solle verzichtet werden, denn Unternehmen hätten Fördergelder bereits zurückgegeben, da sie dieses Kriterium nicht erfüllen könnten. Bereits die Anhebung des Bundesmindestlohns seit 2020 belaste personalintensive Branchen wie Gastronomie, Einzelhandel und Hotellerie sehr stark. Die Vorgaben auf Bundesebene seien im Hinblick auf gute Arbeit ausreichend, Berlin sollte nicht darüber hinausgehen. Die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Nutzung des öffentlichen Straßenlandes durch Gastronomie und Einzelhandel müssten dauerhaft abgeschafft, wenigstens aber für zwei Jahre ausgesetzt werden. Für die Gastronomie sei dies seitens der Koalition angedacht, aber auch der Einzelhandel nutze öffentliches Straßenland zum Herausstellen von Waren und könnte dadurch entlastet werden.

Stephan Machulik (SPD) kündigt Ablehnung des Antrags an. Förderprogramme niederschwellig zu gestalten, werde schwierig. Zudem sei unklar, welche Förderprogramme die FDP meine. Warum Berlin Invest aufgefahren werde, erschließe sich nach den Ausführungen des Senators zur Strategie für den Neustart der Berliner Wirtschaft nicht. Gute Arbeit sei ein wesentliches Kriterium bei der Förderung von Unternehmen. Man habe gehört, dass Mitarbeiter Unternehmen wegen der Löhne und Arbeitsbedingungen verlassen und sich teilweise umorientiert hätten. Das Kriterium der Koalition für obsolet zu erklären, müsse diese ablehnen. Während der Pandemie habe man Gastronomen und Einzelhandel Möglichkeiten gegeben, im Hinblick auf die Abstandsgebote mehr Flächen zu nutzen, wobei die Gebühren für die Sondernutzung des Straßenlandes entfallen seien, jedoch nicht für die Antragstellung. Er warne davor, die Gebühren dauerhaft entfallen zu lassen. Im Rahmen der Mobilitätswende müsse man die Räume neu ordnen und könne nicht davon absehen, dass Gastronomen und Einzelhandel für die Sondernutzung zahlten, wobei die Gebührenhöhe für diese kein Problem sei.

Damiano Valgolio (LINKE) unterstreicht, dass die weiteren Förderprogramme eng an den Landesmindestlohn geknüpft würden, damit die Mitarbeitenden von ihrer Arbeit auch leben könnten und von Altersarmut verschont blieben, was erst ab einem Stundenlohn von 13 Euro der Fall sei. Wenn man öffentliches Geld in die Hand nehme, sei dies eine zwingende Voraussetzung. Das Geld müsse nicht nur bei den Unternehmen, sondern auch bei den Beschäftigten ankommen. Gerade die Beschäftigten von Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel hätten wirtschaftlich die Hauptlast der Coronamaßnahmen getragen. Sie seien lange Zeit in Kurzarbeit gewesen bzw. hätten in geringfügigen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Insbesondere in der Gastronomie rede man auch über Schwarzarbeit. Deshalb

müssten die Förderprogramme so gestaltet werden, dass diesen Menschen geholfen werde. Man werde über weitere Kriterien nachdenken, z. B. Tarifbindung.

Christoph Wapler (GRÜNE) knüpft an, die Zeit in und nach der Krise sei nicht die Zeit, soziale Errungenschaften zu schleifen. Dies betreffe besonders den Landesmindestlohn. Beim Lohndumping drohten selbst nach 55-jähriger Vollerwerbstätigkeit Altersarmut und eine Rente unterhalb der Grundsicherungsschwelle. Dagegen müsse man etwas machen, auch in und nach der Coronakrise. Die Nutzung von öffentlichem Straßenland für Außengastronomie sei ein Abwägungsprozess. Die Interessen Einzelner, auch der Gastronomie, müssten mit dem Anspruch auf Allgemeingebrauch in Einklang gebracht werden. Das System sei gut austariert. Man habe einzelne Ausnahmen zugelassen, könne aber nicht das ganze System schleifen.

Michael Dietmann (CDU) erklärt, dass der Grundidee der FDP, Unternehmensförderung niederschwellig zu gestalten und Förderlücken zu schließen, zuzustimmen sei, weil die Komplexität bei öffentlichen Förderungen oder Vergaben eher ein Hemmschuh sei und sich viele von öffentlichen Förderungen und Vergaben zurückzögen. Die Vergaberichtlinien enthielten bereits viele Anforderungen. Insofern müsse man abwägen, ob jede Forderung, die man für richtig halte, hineingeschrieben werden sollte und ob dies überhaupt umsetzbar sei, wenn sich viele nicht mehr daran beteiligten. Er halte dies nicht für zielführend und plädiere für einen guten Kompromiss. Seine Fraktion werde dem Antrag dennoch nicht nähertreten, weil die Formulierung, die Sondernutzungsgebühren dauerhaft, aber zumindest für zwei Jahre auszusetzen, unklar und eine dauerhafte Aussetzung keine Lösung sei, denn Sondernutzungsgebühren würden auch für Sharingangebote von Fahrzeugen erhoben, sodass man differenzieren müsse, in welchen Bereichen es sich um eine Steuerung handle. Die FDP könne die Auffassung vertreten, dass der Berliner Landesmindestlohn höher sei als der Bundesmindestlohn und abgeschafft werden sollte, das Land Berlin jedoch nicht auffordern, sich bei den eigenen Förderkriterien nicht an den Landesmindestlohn zu halten. Dies sei die falsche Diskussion.

Christian Wolf (FDP) macht geltend, dass ein Landesmindestlohn von 13 Euro als Kriterium für Unternehmensförderung viele Unternehmen von der Beantragung ausschließe, weil der Landesmindestlohn dann für jeden Arbeitnehmer im Unternehmen gelte, auch für unqualifizierte und geringfügig Beschäftigte. Unbenommen sei, dass Fachkräfte deutlich besser bezahlt werden müssten. Diese Vorgabe sei im Einzelhandel und in der Gastronomie ein großes Problem. Bei der Digitalprämie habe sich bereits bei 12,50 Euro gezeigt, dass Förderungen seitens der Hotellerie zurückgegeben worden seien. Er begrüße, dass das neue Programm offenbar weitergehen solle als Berlin Invest, und sehe der Förderrichtlinie entgegen. Wenn das Land Unternehmen fördere, die in die Herstellung von Schutzausrüstung einstiegen, aber gleichzeitig 147 Mio. Schutzmasken im nicht europäischen Ausland bestelle, sollte man überlegen, ob die Vergabekriterien falsch formuliert seien. Von der Nichterhebung der Sondernutzungsgebühren sollten Gastronomie und Einzelhandel profitieren, gleichwohl seien die Tatbestände der Sondernutzung vielfältiger. Damit solle ein Signal für die besonders betroffenen Branchen gesetzt werden; es müsse sich nicht immer um ein Förderprogramm mit Zuschüssen handeln. Gemeint sei auch nicht die Verwaltungsgebühr, sondern nur die Sondernutzungsgebühr. Diese werde im Falle eines Lockdowns nicht rückwirkend erstattet, wenn Unternehmen diese bereits im Voraus entrichtet hätten. Die Koalition sollte sich mit diesem Thema beschäftigen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0136 zu empfehlen.

[Lüftungspause von 15.59 bis 16.20 Uhr]

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 19/0138

Chancräume für die Berliner Wirtschaft

[0024](#)
WiEnBe
StadtWohn(f)

Christian Wolf (FDP) vertritt die Ansicht, dass die Flächenpolitik des Landes diskussionsbedürftig sei und die Wirtschaft Räume zur Entfaltung – Wachstum, Weiterentwicklung und Ansiedlung – benötige. Dafür müssten bezahlbare Gewerbeflächen vorhanden sein, die auch gut mit Breitband, also einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur mit Glasfaser, versorgt würden. Der Senat habe bereits den Bau zweier neuer Gewerbezentren in Lichtenberg und Spandau angekündigt. Die Planungen liefen, auf den Grundstücken sei noch nichts passiert, während sich die Flächenproblematik weiter zuspitze. Wie sei der Stand bei den beiden Projekten? Seine Fraktion fordere, die Planungen und Genehmigungen zu beschleunigen, damit die Projekte möglichst bald realisiert werden könnten. Zudem müsse endlich ein Gewerbeflächenkataster in Angriff genommen werden, um Daten öffentlich bereitzustellen. Verfügbare Gewerbeflächen müssten transparent einsehbar sein, damit Unternehmen fündig würden und mit den Anbietern in Kontakt treten könnten. Die Gigabitstrategie sei ein wichtiger Baustein in dieser Wahlperiode. Es zeichne sich bereits ab, dass eine flächendeckende Breitbandversorgung in der Kürze der Zeit nicht möglich sein werde. Deshalb fordere seine Fraktion, die Ausbaupotenziale zu priorisieren und die gewerbliche Wirtschaft priorisiert anzuschließen.

Julian Schwarze (GRÜNE) merkt an, es sei unklar, ob es sich um einen Antrag oder eine Anfrage handle; Fragen könnten hier durchaus beantwortet werden. Die FDP erkenne an, dass die Gewerbemieten stiegen und man dort eine Regelung brauche. Wünschenswert sei, dass es auf Bundesebene gelinge, Regelungen durchzusetzen, für die sich die Koalition auf Landesebene schon seit Jahren mit entsprechenden Bundesratsinitiativen eingesetzt habe. Handwerk, Kleingewerbe und Industrie würden in der Regel von privaten Vermietern durch steigende Gewerbemieten aus der Innenstadt verdrängt. Handwerksbetriebe könnten die Marktmieten oft nicht mehr bezahlen. Gleichzeitig fordere die FDP, dass das Land Gewerbehöfe baue und Flächen zur Verfügung stelle, weil der freie Markt dies nicht regele. Damit werde deutlich, dass man die Entwicklung nicht unreguliert weiterlaufen lassen könne. Neue landeseigene Gewerbehöfe erforderten bestimmte Planungsvorläufe. Auch die WISTA sei hier aktiv. Ziel der Koalition sei, dies im Landesbestand zu unterstützen und innerstädtische Flächen und die Berliner Mischung zu erhalten. Mehr Gewerbestandorte führten zu kürzeren Wegen und geringerer Verkehrsbelastung. Den Antrag könne er nicht unterstützen, weil dieser das zentrale Problem der Gewerbemieten nicht so benenne, wie es sich darstelle. Solle ein Gewerbeflächenkataster nach Auffassung der FDP auch private oder nur öffentliche Flächen umfassen? Für öffentliche Flächen gebe es bereits Listen und Ansprechpersonen. Das Problem für die Unternehmen seien Lage und Bezahlbarkeit, nicht ein Kataster.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt dar, seine Fraktion habe bereits in der letzten Wahlperiode ein Gewerbeflächenkataster gefordert; dazu habe das verwaltungsinterne GEFIS öffentlich gemacht und benutzerfreundlich gestaltet werden sollen. Die Wirtschaft müsse auf Augenhöhe mit der Verwaltung agieren können. Die Verfügbarkeit von Flächen gehöre zu den

relevantesten Standortkriterien für Unternehmen, die sich in Berlin niederlassen, gründen oder erweitern wollten. Notwendig sei ein transparenter und unbürokratischer Onlinezugang zu den ausgewiesenen Gewerbeflächen, damit Interessenten einen Überblick erhielten, welche Flächen in ihrem Sinne beplanbar seien. Das städtische Wachstum erfordere eine laufende Priorisierung und zügige Aktivierung von Flächenpotenzialen für die ansiedlungswillige Wirtschaft. Ein transparenter Kataster für Gewerbeflächen sei unabdingbar. Bereits im letzten Koalitionsvertrag habe gestanden, dass dieser öffentlich gemacht werden solle. Er hoffe, dass unter Senator Schwarz ein neuer Wind in dieser Frage wehe.

Stephan Machulik (SPD) unterstreicht, dass die Koalition die Berliner Mischung aufrechterhalten wolle und vor großen Schwierigkeiten stehe. Viele Gewerbebereiche seien durch die Ausweisung von Wohnungsbaupotenzialen verdrängt worden, ohne dass ausreichende Gewerbeflächen an anderer Stelle zur Verfügung gestellt worden seien. Ein Gewerbestandort sei auch nicht so lukrativ wie ein Wohnungsstandort. Der Senat habe darauf mit dem Masterplan Industrie und der Planung von zwei Gewerbehöfen reagiert; Handwerk und nicht so lärmintensive Gewerke in der Innenstadt wolle man weiterhin unterstützen. Beim Standort in Spandau bestehe keine Baufreiheit; es gebe einen bestimmten Grad an Verseuchung im Boden, sodass es zu Verzögerungen beim Genehmigungsverfahren gekommen sei. Insofern habe die Forderung der FDP nach Beschleunigung nur appellativen Charakter. Portale für Gewerbe- und Wohnimmobilien seien intern für die planenden Bereiche vorhanden. Würde man alle Flächenpotenziale für alle öffentlich zugänglich machen, kämen große Player auf den Markt und nähmen die Flächen den Handwerks- und Gewerbebetrieben weg. Mit der Wirtschaftsförderung auf Landes- und Bezirksebene könne gegengesteuert werden; sie setze sich für Gewerbeansiedlungen ein, wo Flächen dafür vorhanden seien. Mit der Gigabitstrategie gehe der Senat das Problem an, dass an einigen Stellen noch kein Anschluss vorhanden sei. Dieser solle für Gewerbegebiete marktorientiert geschaffen werden, damit die Unternehmen und auch Handwerksbetriebe eine vernünftige digitale Anbindung vorfinden. Er rege an, dass die FDP den Antrag zurückziehe und eine Anfrage zu den WISTA-Gewerbehöfen stelle.

Christian Wolf (FDP) konstatiert, dass der Gewerbemietenmarkt unter Druck stehe und es darum gehe, neue und bezahlbare Flächen zu schaffen. Deckeln sei keine Lösung. In den letzten Jahren hätten oft Umwidmungen von Gewerbeflächen stattgefunden. Nachhaltig sei, in Wohnortnähe auch Gewerbeflächen zu haben, damit Pendelverkehre reduziert würden. Die beiden Gewerbehöfe seien groß angekündigt worden, und viele Monate sei nichts passiert. Den Fortgang kenne man nicht. Insofern sei es sinnvoll, sich mit dem Stand zu befassen.

Der **Ausschuss** beschließt, die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0138 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.